

35
80

Union in Deutschland

Bonn, den 17. September 1980

Staatsschulden: Schmidt weiß keine Antwort

Helmut Schmidt wird von seinen Fehlern und Versäumnissen eingeholt. Er muß jetzt tun, was er unbedingt vermeiden wollte, nämlich den Bürgern gegenüber Rechenschaft ablegen. Dabei steht er vor allem in zwei Bereichen mit leeren Händen da: bei den Renten und bei der Staatsverschuldung.

Am vergangenen Freitag (12. 9. 1980) gab Finanzminister Matthöfer in Bonn eine Pressekonferenz. Hierzu Franz Josef Strauß:

① An der Pressekonferenz, die der Kanzler angeordnet hat, sollte nach dessen Wunsch auch der Bundeswirtschaftsminister teilnehmen. Er ließ sich durch angebliche Terminschwierigkeiten entschuldigen. Offensichtlich will er sich aus der Verantwortung für die Folgen der von ihm mitgetragenen Politik herausstellen.

② Die Pressekonferenz beweist erneut: Die zunehmende Kritik an Ausmaß und Wachstum der Staatsschulden hat die Regierungsparteien nervös gemacht. In immer neuen Ablenkungsmanövern, in der ständigen Wiederholung längst widerlegter falscher und irreführender Vergleiche und Behauptungen, in immer unbeherrschteren Reaktionen des Kanzlers äußert sich schlechtes Gewissen. All-

(Fortsetzung auf Seite 2)

Noch
18 Tage
bis zur
Bundestagswahl
Heute im Wahlkampf

■ INFORMATIONEN

Bombenstimmung in Dortmund / Führende Jusos widersetzten sich der SPD / Strafsteuer für Mütter und Hausfrauen / Wischniewski duldet Volksfrontaktion / Dieser Unsicherheitsminister sollte gehen Seiten 3—7

■ KIRCHEN

Wortlaut des Hirtenbriefes Seite 9
Offener Brief an die evangelischen Christen Seite 11

■ ÖFFENTLICHKEITS-ARBEIT

Neue Plakate für die Schlußphase rosa Teil

■ DOKUMENTATION

Familienpolitisches Versagen der SPD/FDP-Koalition

grüner Teil

Ernst Albrecht: Die Kirche hat Verantwortung — auch hier auf Erden

Bild: Bundeskanzler Schmidt hat den Hirtenbrief der katholischen Bischöfe zur Wahl scharf kritisiert.

Albrecht: Ich verstehe diese Aufregung nicht. Helmut Schmidt hätte dann schon lange Gewerkschaften und andere gesellschaftliche Gruppen kritisieren müssen. Die geben ja ähnliche Orientierungshilfen für die Wähler und sind dabei nicht immer ganz partei-neutral.

Bild: Der Bundeskanzler ärgert sich besonders über die Verurteilung der Staatsverschuldung. Hat die Kirche dafür denn genug Sachverstand?

Albrecht: Die hohe Verschuldung ist auch eine sittliche Frage, und dafür ist die Kirche zuständig. Es geht darum, wie weit wir kommende Generationen durch den riesigen Schuldenberg belasten. Es ist in einem freien Staat normal, daß Organisationen und Kirchen vor Wahlen deutlich machen, was ihnen wichtiger ist. Es wäre allerdings falsch, wenn eine Kirche dabei parteiisch wird. Aber daß sie zum Beispiel zum Ehe-recht, zur Abtreibung oder zur Verschuldung Stellung nimmt, gehört durchaus zum Bereich ihrer Verantwortung — auch hier auf Erden.

(Fortsetzung von Seite 1)

zu offenkundig ist das Versagen beim Umgang mit dem Geld der Steuerzahler.

③ Das sind die unbestreitbaren Tatsachen:

— Von 1950 bis 1969, unter den von der CDU/CSU geführten Regierungen Ade-

nauer, Erhard und Kiesinger und unter den Finanzministern von Schäffer bis Strauß wurden in 20 Jahren 14 Mrd. DM neue Schulden aufgenommen. In den 10 Jahren von 1970 bis 1980 waren es über 180 Mrd. DM. Nicht nur die Höhe der Schulden, sondern auch das Tempo ihres Zuwachses in den letzten Jahren ist skandalös.

— Am stärksten war der Schuldenzuwachs unter Bundeskanzler Helmut Schmidt. Er wird als Schuldenkanzler in die Geschichte eingehen. Seit 1975 war in jedem einzelnen Jahr die Neuverschuldung eineinhalb mal bis doppelt so hoch wie bis 1969 in 20 Jahren zusammen.

— Allein 1980 hat der Bund für Zinsen 14 Mrd. DM zu zahlen, d. h. so viel, wie bis 1969 in 20 Jahren an Krediten aufgenommen wurde. Das bedeutet: an jedem Tag — Sonntage eingeschlossen — hat der Bund 39 Mio. DM an Zinsen aufzubringen.

— 1983 werden die Zinsen höher sein als die vertretbar aufzunehmenden Kredite. Und wenn die SPD/FDP an der Regierung bleibt, wird das so weitergehen.

④ Um das zu vertuschen, versucht Helmut Schmidt die dritte große Wählertäuschung

— Im Wahljahr 1972 sagte er den Bürgern die Unwahrheit über die Geldentwertung und warf der CDU/CSU Angstmacherei vor. Er erklärte: „Mir scheint, daß das deutsche Volk — zugespitzt — 5 % Preisanstieg eher vertragen kann als 5 % Arbeitslosigkeit“. Nur kurze Zeit später hatten wir beides.

— Im Wahljahr 1976 gab er ehrenwörtlich Zusagen über die Lage der Rentenfinanzen, die sich nach der Wahl als nachweislich falsch herausstellten; der

(Fortsetzung auf Seite 3)

■ WAHLKAMPF- INFORMATIONEN

Bombenstimmung in Dortmund

„Ich habe schon viel Beifall bekommen, aber so etwas wie heute habe ich noch nicht erlebt!“ Überwältigt bedankte sich Franz Josef Strauß für den kaum enden wollenden Beifall der mehr als 18 000 Besucher, die am Sonntag (14. 9.) zur zentralen Wahlkampfkundgebung der CDU in die Dortmunder Westfalenhalle gekommen waren. Mit rhythmischem Klatschen und lang anhaltenden „Franz-Josef“-Rufen feierten die Teilnehmer, darunter auffallend viele junge Menschen, den Spitzenkandidaten der Union, der sichtlich bewegt erst nach sechs Minuten seine Rede beginnen konnte.

Heiner Geißlers Feststellung: Schmidt hat die Rentner betrogen, ihm sind die Schulden davongelaufen, ihm sind die Preise davongelaufen, jetzt laufen ihm die Wähler davon, traf den Kern der von

(Fortsetzung von Seite 2)

CDU/CSU aber warf er Lüge und Angstmacherei vor. Nach der Wahl versucht er den berechtigten Vorwurf des politischen Rentenbetruges mit der Behauptung abzuwehren, er habe leider die Zahlen nicht gekannt und daher falsche Aussagen gemacht.

— Im Wahljahr 1980 macht er das gleiche mit der Verschuldung und wirft der CDU/CSU erneut Angstmacherei vor. Entweder sagt der Kanzler bewußt die Unwahrheit oder er hat die Übersicht verloren. Will er sich auch diesmal wieder nach der Wahl mit Unkenntnis der Zahlen herausreden?

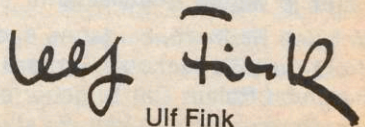
LIEBE FREUNDE,

ein mächtiges Eigentor hat die SPD mit ihrem Wahlslogan „Sicherheit für Deutschland“ geschossen; dies hat eine Umfrage des Emnid-Institutes bei 2 014 Bundesbürgern im Zeitraum 5. bis 29. August 1980 gezeigt. Die Mehrheit der Bundesbürger sieht im SPD-Slogan nämlich eine Aufforderung, CDU/CSU zu wählen. Auf die Frage: „Die Politik von welcher Partei wird mit diesem Slogan am besten gekennzeichnet?“, antworteten 45 % der Bundesbürger: CDU/CSU und lediglich 37 %: SPD.

Dies ist für die Sozialdemokraten so ziemlich das ungünstigste Ergebnis, das nach langer Einführung eines Slogans im Wahlkampf erreicht werden kann. — Der Unionslogan „Für Frieden und Freiheit“ wird hingegen von der überwältigenden Mehrheit der Bundesbürger der CDU/CSU zugeordnet.

Was die SPD von Verträgen hält, beweist sie täglich aufs neue beim Wahlkampfabkommen. Sicher: es hat ihr bisher mehr Nachteile als Vorteile gebracht. Aber Abkommen bleibt Abkommen. Damit verträgt sich nicht, daß die SPD bei für sie mißhelligen Entscheidungen die Schiedsstelle unter Druck setzt. Und um die Wahlkampfkostenbegrenzung des Abkommens kümmert sie sich überhaupt nicht. Mindestens 50 Mio. DM statt der vereinbarten 40 Mio. DM wird die SPD ausgeben. In Bonn macht bereits das Wort die Runde: „ZAS“, das ist die Abkürzung für „Zaster“.

Ihr


Ulf Fink

der Union bestrittenen Sachthemen. Großen Beifall gab es auch für Helmut Kohl, als er am Beispiel der Bundeswehr aufzeigte, wo und inwieweit es in der Bundesrepublik im argen liege. „Schmidt war zu feige oder zu schwach, sich durchzusetzen!“

Franz-Josef-Strauß-Worte: „Der Lack der SPD ist ab. Der Wind hat sich

Rentenbetrug: Es geht um die Wahrheit

Die CDU bleibt bei ihrem Vorwurf gegenüber dem Bundeskanzler, vor und nach der Bundestagswahl 1976 einen politischen Rentenbetrug begangen zu haben und bekräftigt ihren Vorwurf deshalb, weil ein neuer Rentenbetrug droht, erklärte Generalsekretär Heiner Geißler.

Im übrigen wehrt sich die CDU mit aller Entschiedenheit dagegen, daß die SPD die Schiedsstelle unter massiven Druck setzt und eine Revision der Entscheidung der Schiedsstelle vom 3. September 1980 erreichen will.

Der CDU geht es um die Wahrheit. Wir können die Wahrheit beweisen. Diese Auseinandersetzung mit der Wahrheit ist notwendig, um ein für allemal Willkür und Manipulation von den Rentnern abzuwenden.

gedreht. Die Bürger sehen durch die Tarnkappe Schmidt und Bahr das wahre Gesicht des Sozialismus“, gingen unter in einem Beifallssturm.

Vor den Rednern, zu denen auch Helga Wex, Kurt Biedenkopf, Gerhard Stoltenberg und Rainer Barzel gehörten, erlebten die schon frühzeitig aus allen Teilen

der Bundesrepublik angereisten Besucher eine großartige Unterhaltungsshow. Joy Fleming, Roberto Blanco, die Contis, Kurt Edelhagen mit seiner Band und eine Gelsenkirchener Bergwerkskapelle sorgten für eine Bombenstimmung.

Genscher fehlt der Mut zur Distanzierung von den Judos

Wann distanziert sich Genscher von seinen Judos? Bekanntlich hatten diese am vergangenen Wochenende in Bochum in einer Porno-Collage auf Aktfotos eine Abbildung des Kopfes von Franz Josef Strauß montiert. Am Montag, also nach diesem Judo-„Wahlkampf“beitrag, hatte Genscher dann im Stile eines politischen Saubermannes Wahlkampfauseinandersetzungen und „Ehrabschneidungen“ beklagt, sich jedoch nicht speziell von seinem Bochumer Parteifreunden distanziert. Hierzu meint der Unions-MdB Gerd Langguth, Genscher solle erst einmal in der eigenen Partei Ordnung schaffen und sich von diesen skandalösen Ergüssen seiner Judos distanzieren, bevor er zur allgemeinen Fairneß aufrufe. Die politische Führung der FDP habe versagt, da sie diesem Trend innerhalb der Jungdemokraten nicht schon lange die gebührende Absage erteilt habe.

Strafsteuer für Mütter und Hausfrauen

Frau Anke Fuchs will durch die Abschaffung des Steuersplittings zusätzlich dem Steuerzahler 30 Mrd. DM abnehmen, um sie dann auf Umwegen mit viel bürokratischem Aufwand in Form von höherem Kindergeld und familienfördernden Maßnahmen eventuell wieder an Familien mit Kindern auszuteilen. Hierzu erklärte der Vorsitzende des

Dieser Unsicherheitsminister sollte gehen

Nach der Sondersitzung des Innenausschusses des Deutschen Bundestages am 12. September 1980 erklärte Alfred Dregger:

Nachdem Bundesinnenminister Baum zum Teil die bisher veröffentlichten Informationen bestätigte, **zum Teil den darauf gestützten Feststellungen der CDU/CSU-Abgeordneten im Innenausschuß nicht widersprach**, steht für die Union fest:

■ Bundesinnenminister Baum hat vor einer umfangreichen nachrichtendienstlichen Beobachtung der gesuchten Terroristen Klar und Schulz den Generalbundesanwalt rund eine Woche lang, den Präsidenten des Bundeskriminalamtes rund drei Wochen lang nicht unterrichtet und ihn dann erst auf dessen Anstoß hin informiert. **Er hat dabei einen von ihm selbst unterstützten Beschluß der Innenministerkonferenz vom August/September 1977 mißachtet, der grundsätzlich die Federführung des Generalbundesanwaltes für Maßnahmen gegen alle mit Haftbefehl gesuchten Terroristen feststellt und bestimmt, daß bei nachrichtendienstlichen Operationen in jedem Fall das Bundeskriminalamt zu unterrichten ist, eventuell in einer Form, die den Quellenschutz sicherstellt.**

■ Bundesinnenminister Baum hat jedenfalls fast eine entscheidende Woche lang sich für die bloße Beobachtung und gegen die Festnahme der Terroristen entschieden, ohne den Generalbundesanwalt, der den richterlichen Auftrag zur Festnahme hatte, und den Präsidenten des Bundeskriminalamtes mit seinem eigens für die Terrorismusbekämpfung personell und sachlich mit größtem Aufwand ausgestatteten Amt zu Rate zu ziehen.

■ Herr Baum hat auf die Nur-Beobachtung der Terroristen gesetzt, offenbar in der bloßen Hoffnung, mehr zu erfahren oder auf eine größere Gruppe zu stoßen. **Die Hoffnung hat getrogen, und die beiden lange Beobachteten sind auch weg. Er hat mit unzulänglicher Information und Beratung auf dilettantische Art alles riskiert und alles verloren. Dafür muß er politisch haften.**

Wenn Bundesinnenminister Baum Haltung und Verantwortungsgefühl besäße, hätte er selbst die Konsequenz daraus gezogen: er wäre gegangen und das mit der Bitte um Nachsicht an die Hinterbliebenen der Opfer der Terroristen.

Nun muß die Union den Bundeskanzler auffordern, diesen Bundesinnenminister zu entlassen.

Arbeitskreises IV — Sozial- und Gesellschaftspolitik —, Heinz Franke, MdB:

Die Abschaffung des Ehegattensplittings stelle nämlich letztlich eine „Strafsteuer für Mütter und Hausfrauen“ dar. Familien, wo die Frau nicht erwerbstätig sei, überwiegend Familien mit Kin-

dern, würden nämlich durch die Beseitigung des Ehegattensplittings mit zusätzlichen Steuern belastet. Bei einem Einkommen von monatlich 3 000 DM entstünde so eine monatliche Mehrbelastung von 218 DM, bei 2 000 DM immerhin noch eine zusätzliche Belastung

von 139 DM. Die zusätzliche Belastung, die Steuererhöhung, steige mit der Höhe des Einkommens. Aber nicht nur Familien mit Kindern, wo die Frauen nicht berufstätig seien, sondern auch Familien, wo die Frau mitverdienen müßte, würden durch die Abschaffung des Ehegattensplittings erheblich zusätzlich belastet. „Fürwahr ein neues SPD-Kuckucksei!“

Der finanzpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Abgeordneter Hansjörg Häfele, kritisierte in diesem Zusammenhang das „Umverteilungsdenken“ der SPD, das zu einem Dolchstoß gegen die Familie werde. Der Bundeskanzler sollte die für ihr Amt offensichtlich untaugliche Staatssekretärin in die Wüste schicken.

Für die CDU/CSU bleibt es dabei: Der Ehegattentarif gebührt allen Ehepaaren ohne Einschränkung. Die Lebens- und Wirtschaftsgemeinschaft „Ehe“ wird von zwei Personen getragen, gleichgültig, ob beide Ehegatten verdienen oder nur einer.

Zwei führende Jusos widersetzten sich der SPD

Die beiden stellvertretenden Bundesvorstandsmitglieder der Jungsozialisten in der SPD, Wolf und Horstmann, haben sich gegen die Aufforderung des SPD-Vorstandes gewandt, sich nicht an Aktionen von sogenannten Anti-Strauß-Komitees zu beteiligen.

In einem in Bonn veröffentlichten internen Juso-Informationsdienst „Hannoveraner Kreisblatt“ werfen Wolf und Horstmann der SPD-Führung vor, es sei töricht und gegen ihre eigenen Interessen, wenn sie sich von friedlichen Aktionen der Anti-Strauß-Komitees distanzieren und ihren Parteimitgliedern untersagen, sich an deren Aktivitäten zu betei-

ligen. Auch der Mehrheit des Juso-Bundesvorstandes halten Wolf und Horstmann vor, sie mache sich „zum Vorreiter und Erfüllungsgehilfen dieser Entscheidungen des SPD-Parteivorstandes“.

Asylstreit stört Rechtspflege

Die CDU/CSU sieht Befürchtungen bestätigt, daß die Arbeit der Verwaltungsgerichte durch die große Zahl von Asylverfahren lahmgelegt wird. In einer Antwort auf eine Kleine Anfrage hat die Bundesregierung mitgeteilt, daß in den ersten sieben Monaten dieses Jahres bei den Verwaltungsgerichten über 24 000 Asylklagen erhoben worden sind. Im gleichen Zeitraum hätte nur ein Zehntel der Fälle erledigt werden können. Die Bundesregierung hat also auch hier versagt.

Wischnewski duldete Volksfrontaktionen

Die von dem Kölner CDU-Bundestagskandidaten Axel Rodert angegriffenen Anti-Strauß-Plakate (die den halben Strauß-Kopf ergänzt durch einen mit Waffen angefüllten Totenschädel zeigten) werden ein gerichtliches Nachspiel haben. Wie Rodert mitteilte, ermittelt jetzt die Staatsanwaltschaft Köln aufgrund einer Anzeige des Bayerischen Ministerpräsidenten gegen die Urheber der Plakate.

Aufgrund eines Gerichtsbeschlusses wurden die Plakate inzwischen von der Polizei sichergestellt, die sie auch überall dort, wo sie befestigt waren, unkenntlich machte.

Es sei, so Rodert, bezeichnend für den Wahlkampf der Linken, daß es SPD-Vize Wischnewski, dessen Wahlkreis betroffen sei, noch nicht einmal für nötig erachtete, sich von den Plakaten zu

distanzieren. Rodert hatte sofort nach Bekanntwerden als ersten den SPD-Politiker Wischniewski informiert. Dieser unternahm jedoch nichts.

Solchermaßen durch die SPD-Parteileitung ermutigt, marschierten am 1. September Jusos und „Falken“ mit ihren Transparenten als erste noch vor den Kommunisten hinter einem großen Spruchband mit der verbotenen Darstellung einher.

Viele Soldaten mißtrauen der SPD

Mit der Höhe des Dienstgrades wächst besonders bei Offizieren der Bundeswehr das Mißtrauen gegenüber der SPD als Partei. Diese Feststellungen sind in einem Vermerk des Kanzleramts-Verbindungsoffiziers zur Hardthöhe, Oberst Dietrich Genschel, enthalten.

Ein Regierungssprecher bestätigte die Existenz des Vermerks, der im Rahmen der vom Bundestags-Untersuchungsausschuß der Bremer Krawalle erbetteten vollständigen Akteneinsicht dem Ausschußvorsitzenden Manfred Wörner (CDU) übersandt wurde. Genschel berichtet u. a., innerhalb der Truppe habe es nach Bremen einen Solidarisierungseffekt gegeben. Unverständnis herrsche besonders bei den Wehrpflichtigen hinsichtlich der Frage, warum man überhaupt gegen sie demonstrieren müsse.

In dem Papier heißt es u. a.: „Die deutschen Arbeiter stehen inzwischen längst zu ihren Soldaten. Der Konflikt tut sich heute auf zu gutbürgerlichen Intellektuellen und Jungakademikern, die heute, allerdings anders als in der Weimarer Republik, die Reihen der SPD füllen. Diese Kräfte, für die Henning Scherf repräsentativ sein mag, gefährden heute das Vertrauen zwischen Sozialdemokraten und Bundeswehr.“

So werden junge Menschen mißbraucht

Ob Pressemitteilungen zutreffen, daß in Schulen für den zivilen Ersatzdienst, insbesondere in jener von Eschershausen bei Holzminden, Vorbereitungen für gewaltsame und terroristische Aktionen gegen die Bundeswehr und andere NATO-Einheiten im Rahmen der gegenwärtigen Manöver getroffen würden, will durch eine Anfrage der außen- und verteidigungspolitische Sprecher der CDU, Werner Marx, wissen.

In den letzten Wochen mehren sich Anzeichen dafür, daß terroristische Gewalttäter die Möglichkeit erproben, Truppenmanöver durch Aufmärsche, Demonstrationen, Aufstellen von Barrikaden, Einsatz von Waffen und technischem Material zu stören. Solche linken Gruppierungen, deren Finanzierungs- und Kommandostellen offenkundig im engen Zusammenhang mit dem sowjetischen, dem tschechischen und dem DDR-Geheimdienst stehen, beabsichtigen in den nächsten Tagen erste „Probelaufe für den Ernstfall“ zu unternehmen.

Es soll dabei festgestellt werden, in welcher Weise die sowjetische psychologische Kriegsführung deutsche Linksradike gegen Kommandozentralen des westlichen Verteidigungsbündnisses und gegen militärische Kolonnen einsetzen kann.

■ DEM WÄHLER SAGEN

Thema: Jugendhilfe

Die SPD behauptet:

„Wenn Strauß unterstellt, das (Jugendhilfe-)Gesetz gebe die Familie als tragende Säule unserer freiheitlichen Gesellschaftsordnung preis und trage zu ihrer Auflösung bei, so sagt er damit bewußt die Unwahrheit, denn der Gesetzestext belegt das Gegenteil.“ (Antje Huber, Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit am 27. August 1980.)

Tatsache ist:

§ 4 Absatz 4: Das Gesetz macht die Familien zum Experimentierfeld staatlicher Sozialakteure. Persönliches Vertrauen und personale Bindungen werden durch fragwürdige Erziehungsmodelle aufs schwerste gestört.

§ 6 Absatz 3: Erziehungskonflikte sollen nach dem Willen der SPD vor Gericht ausgetragen werden.

§ 8 Absatz 1: Das im Grundgesetz garantierte Recht der Eltern wird eingeschränkt. Das Jugendamt kann sich künftig als Schiedsrichter in familiäre Probleme einmischen.

§ 41 Absatz 1 des geplanten Jugendhilfe-Gesetzes bestimmt:

„Ein Minderjähriger hat Anspruch auf Hilfe zur Erziehung außerhalb der eigenen Familie, wenn diese nicht in der Lage ist, eine seinem Wohle entsprechende Erziehung zu gewährleisten und diese Hilfe geeignet und erforderlich ist. Die Hilfe soll in Familienpflege über Tag und Nacht, in einer Einrichtung mit familienähnlicher Erziehung und Wohnform, einer sozialpädagogischen Ju-

gendwohngemeinschaft oder Einzelbetreuung geleistet werden, wenn eine der genannten Formen im Einzelfall geeignet ist.“

Das bedeutet: Ein Minderjähriger kann seinen Willen gegen die Eltern gerichtlich durchsetzen und sich von der Familie „scheiden“ lassen. Der Staat maßt sich das Urteil an, ob Eltern „eine dem Wohle des Kindes entsprechende Erziehung“ gewährleisten.

Thema: Schulden

Die SPD behauptet:

„Deswegen haben wir mit diesen Beschlüssen des Kabinetts dafür gesorgt, daß, auslaufend mit 1976, anschließend die Kreditaufnahmebedürfnisse des Bundeshaushalts drastisch verringert werden.“ (Helmut Schmidt, DFS, Bericht aus Bonn, 29. August 1975.)

Tatsache ist:

1978 und 1979 erhöhten sich die Schulden des Bundes mit jeweils 26 Milliarden DM genauso stark wie 1976; 1980 sind es mit 24 Milliarden DM nur geringfügig weniger. Schon im nächsten Jahr (1981) aber soll der Schuldenzuwachs wieder ansteigen, und zwar auf 27 Milliarden DM.

Schon 1980 bilden die Ausgaben für den Schuldendienst mit 44 Milliarden DM den zweitgrößten Ausgabenblock im Bundeshaushalt — nach den Sozialausgaben, noch vor den Ausgaben für die Landesverteidigung.

■ WORTLAUT DES HIRTENBRIEFES

„Wahrer Friede in Freiheit“

Brüder und Schwestern im Herrn!
Am 5. Oktober wird der 9. Deutsche Bundestag gewählt. Jede Wahl ist nicht nur ein politischer Vorgang, sondern zugleich eine sittliche Entscheidung darüber, welche Werte und Ziele die Politik in den kommenden Jahren bestimmen und tragen. Dazu wollen wir Bischöfe heute ein Wort sagen.

Der Christ wird bei seiner Wahlentscheidung bedenken, was die Gebote Gottes in der Politik fordern. Sie betreffen ja nicht nur das Leben des einzelnen Menschen, sie sind zugleich Richtschnur für das öffentliche Leben. Die Gebote sind das Fundament jeder wahren Humanität. Sie begründen die unbedingte Achtung vor dem Menschen als Person und als Träger unantastbarer Rechte und Pflichten. Die Gebote Gottes fordern Gerechtigkeit und Liebe im gesellschaftlichen und politischen Zusammenleben und verpflichten zum Dienst am Frieden.

Vier Gesichtspunkte seien eigens hervorgehoben:

Erstens: Eine Politik, die nicht einer Ideologie, einem Prestige- oder Machtdenken dient, sondern Gottes Gebot folgen will, muß die Würde jedes Menschen und seine Rechte achten und fördern. Unser Grundgesetz bekennt sich zu diesem Maßstab. Wir dürfen dankbar anerkennen, daß in den zurückliegenden dreißig Jahren vieles geschaffen wurde, was soziale Notstände

beseitigte, Ungerechtigkeiten abbauete und die Gestaltungsmöglichkeiten der Bürger erweiterte. Um so schmerzlicher ist es, feststellen zu müssen, daß Menschen in unserer Gesellschaft vielen ungeborenen Kindern das Recht auf Leben verweigern und daß unsere Rechtsordnung dieses Grundrecht nicht mehr umfassend schützt. Wir dürfen uns über die Folgen einer solchen Entwicklung nicht hinwegtäuschen: Die Aushöhlung des Grundrechts auf Leben untergräbt auch die Grundwerte der Gerechtigkeit und der Solidarität. Sie zerstört die Liebe und gefährdet den Frieden.

Zweitens: Ein Volk verliert die Hoffnung auf Zukunft, wenn die Werte von Ehe und Familie nicht erkannt, geschützt und auch nicht mehr vorgelebt werden. Gesetze, die die Ehescheidung begünstigen und den auf Lebenszeit geschlossenen Bund aushöhlen, zerstören die Ehe. Gesetze, die von der falschen Annahme ausgehen, die Mehrzahl unserer Familien sei zerrüttet, und deshalb müsse immer mehr der Staat die Familie ersetzen oder in sie hineinregieren, solche Gesetze tragen nicht dazu bei, personale Freiheit und Verantwortung zu stärken. Sie schwächen die Familie. Familienpolitik darf kein Lippenbekenntnis bleiben. So sehr die Erhöhung des Kindergeldes zu begrüßen ist, so wenig kann sie eine Politik ersetzen, die der Familie den ihr gebührenden hohen Rang zuerkennt. Darum aber geht es, daß die wichtige Rolle der

Familie für die Gesellschaft geistig, rechtlich und materiell gestärkt wird.

Drittens: Notwendig ist auch eine Politik, die das Gemeinwohl gegen ausufernde Privat- und Gruppeninteressen durchsetzt und zugleich die Grenzen der Zuständigkeit des Staates achtet. Seit Jahren stehen wir in der Bundesrepublik Deutschland in der Gefahr, über unsere Verhältnisse zu leben und damit die Lebenschancen unserer Kinder zu belasten. Die Ausweitung der Staatstätigkeit, die damit verbundene Bürokratisierung und die gefährlich hohe Staatsverschuldung müssen jetzt korrigiert werden. Es ist ein Trugschluß zu meinen, der Staat könne alles und insbesondere er könne alles besser machen. Der Staat ist dem Gemeinwohl, also der Sicherung und der Förderung des friedlichen Zusammenlebens der Bürger verpflichtet. Dieser Verpflichtung wird er am besten gerecht, wenn er die Initiative, die Anstrengung und die persönliche Verantwortung der einzelnen und der Gruppen herausfordert und stärkt.

Viertens: Die vornehmste Aufgabe der Politik ist die Sicherung des Friedens. Die schweren Konflikte und kriegerischen Auseinandersetzungen, die in nicht wenigen Teilen der Welt ausgebrochen sind und so vielen Menschen schreckliches Leid zufügen, gefährden den Frieden. Sie gehen auch uns an. Wahrer Friede ist Friede in Freiheit. Wie der Friede in Freiheit erhalten, gesichert, beziehungsweise wiedergewonnen werden kann, darüber gehen die Auffassungen auseinander. Darum muß in der Politik gerungen werden. Den Weg zum dauerhaften Frieden geht nur, wer — innerhalb des Staates und der Völkergemeinschaft — sich an der

Menschenwürde, an der Freiheit und an der Gerechtigkeit für alle ausrichtet.

Die demokratischen Parteien in unserem Land wissen sich seit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland dem Frieden als dem obersten Ziel der Politik verpflichtet. Dieses gemeinsame Fundament unserer Demokratie darf nicht verspielt werden. Keine demokratische Partei sollte der anderen den Willen zum Frieden oder die Fähigkeit, ihm in Politik und Diplomatie zu dienen, absprechen.

Alle Bürger stehen bei der Wahl vor einer Gewissensentscheidung. Nichtwählen ist in der Regel eher ein Zeichen der Flucht vor der Verantwortung, entweder, weil man sich nicht festlegen möchte, oder, weil man eine ideale Alternative ohne Fehl und Tadel sucht, die es auf dieser Welt nicht gibt. Die Frage, wie wir unserer Verantwortung gerecht werden für eine Lebensordnung, die nach Gottes Willen dem Menschen dient, müssen wir uns stellen.

Kümmerlicher Antiklerikalismus der FDP

Mit Bestürzung nimmt die CDU die antiklerikale Position der FDP zur Kenntnis, die in dem kürzlich erschienenen Buch des Generalsekretärs der FDP, Günther Verheugen, „Eine Zukunft für Deutschland“, das auch noch mit einem Vorwort von Walter Scheel geschmückt ist, zum Ausdruck kommt.

Die katholische Kirche konnte nach dem Militärputsch vom 17. Juli 1980 in Bolivien ihre Position an der Seite der Unterdrückten und Entrechteten nicht deutlicher zum Ausdruck bringen als sie und der Papst persönlich es getan haben, indem sie die Usurpierung der Macht durch die Militärs unmißverständlich verurteilten.

Offener Brief an die evangelischen Christen

An
Pfarrerinnen und Pfarrer,
kirchliche Mitarbeiter und
evangelische Gemeindemitglieder

Sehr verehrte Damen und Herren!

Repräsentanten, Mitglieder und Sympathisanten der politischen Parteien wenden sich in diesen Wochen an Sie, um Ihre Stimme für die jeweilig bevorzugte Partei zu gewinnen. Es liegt nahe, sich dabei auf bestimmte Gemeinsamkeiten zu berufen, um den Zugang für ein Gespräch zu erleichtern; und warum sollte nicht der evangelische Christ dem evangelischen Christen signalisieren, daß es für das Gespräch eine gemeinsame Grundlage gibt, die auch dann bestehen und wirksam bleibt, wenn das Gespräch zu unterschiedlicher politischer Entscheidung führt. Wir halten das für legitim.

Bedenklich wird es jedoch, wenn die Berufung auf die gemeinsame Grundlage dazu mißbraucht wird, dem Gesprächspartner nur eine mögliche Entscheidung aufzuzwingen; also nach dem Rezept etwa: „Ich bin evangelischer Christ, du bist es auch; ich habe eine bestimmte politische Ansicht, und wenn du diese nicht teilst, hast du diese Glaubensgemeinschaft aufgekündigt, denn wem es mit dem Glauben ernst ist, der kann nur dieselben politischen Konsequenzen ziehen wie ich.“

Wer so argumentiert, der verweigert die politische Auseinandersetzung um die beste Lösung der anstehenden Probleme, um die es in der Demokratie ja eigentlich geht. Und wenn diese Verweigerung mit dem Hinweis auf die Autorität eines kirchlichen oder theologischen Amtes untermauert wird, dann ist es doppelt bedenklich.

Wahrscheinlich haben auch Sie von dem Aufruf „Evangelische Christen zur Bundestagswahl 1980“ gehört, mit dem Theologieprofessoren und Pfarrer zur Wahl der SPD auffordern. Diese Broschüre ist ein Beispiel dafür, wie dem politischen Gegner mit scheintheologischer Begründung die Gemeinschaft aufgekündigt und die Glaubwürdigkeit abgesprochen wird. Es kann noch davon abgesehen werden, daß keiner der Unterzeichner seine Mitgliedschaft in der SPD angibt — man argumentiert ja nur aus „christlicher Sorge“, nicht aber aus sozialdemokratischem Interesse!

Auch daß die Herren die Gespräche Helmut Schmidts mit Honecker feiern, die ja nicht stattfanden, weil die Krisensituation im Ostblock zur Absage zwang, mag hingehen, zeigt es doch, daß es sich bei der Schrift nicht um die spontane Aktion besorgter Christen, sondern um ein Produkt von langer Hand vorbereiteter sozialdemokratischer Wahlkampfstrategie handelt.

(Fortsetzung Seite 12)

(Fortsetzung von Seite 11)

Unerträglich ist es aber, wenn eindeutig die Geschichte verfälscht wird, um den mit der SPD-Kanzlerschaft einsetzenden Wechsel als Beginn einer wahren Heilszeit zu beschreiben. Es ist doch einfach eine Fälschung, die Jahre des Aufbaues 1949 bis 1969 unter der Verantwortung der CDU als Zeit „obrigkeitsstaatlicher Orientierung“ abzuwerten. Es ist bedauerlich, daß in der Theologie ausgewiesene, namhafte Wissenschaftler ihren Ruf aufs Spiel setzen, nur um der SPD zum Wahlsieg zu verhelfen!

Und jene Gemeinsamkeit der Christen, von der wir am Anfang sprachen, wird dort aufgekündigt, wo die Gewissensnot ungezählter Christen, auch solcher, die der SPD nahestehen, gegen die Reform des § 218, gegen die „Neuordnung des Scheidungsrechts“, gegen die „Reform“ des Familienrechts als das Festhalten „an starren Prinzipien im Namen des Christlichen“ diffamiert wird.

Das Festhalten der CDU/CSU an sittlichen Normen gegen einen großen Teil der veröffentlichten Meinung erweist sich heute als richtig, wo wir mit Besorgnis die Ergebnisse der Reform des § 218 und einer verfehlten Familienpolitik sehen.

Es geht in der Demokratie nicht an, eine — mögliche — politische Entscheidung als allein dem christlichen Glauben entsprechend zu bezeichnen. Man kann Brandts Kniefall in Warschau für menschlich respektabel halten und doch ernste Vorbehalte gegen die Konzeption seiner Ostpolitik anmelden! Es genügt doch nicht, den Begriff Entspannung zu benutzen und das „Motiv der Barmherzigkeit“ in Anspruch zu nehmen, um jede sachliche Auseinandersetzung über den Weg zur Entspannung abzublocken! Und die christliche Friedensbotschaft kann doch nicht dafür benutzt werden, der CDU/CSU die Friedensfähigkeit abzusprechen, weil sie andere Wege zum Frieden für realistisch hält.

Viele Millionen evangelischer Christen werden am 5. Oktober ihre Stimme den Unionsparteien und dem Kanzlerkandidaten Franz Josef Strauß geben. Sie haben dafür gute Gründe. Aber sie möchten die Gemeinsamkeit der Christen durch unterschiedliche Wahlentscheidungen nicht bedroht sehen. Der Aufruf „Evangelische Christen zur Bundestagswahl 1980“, diese christliche Verbrämung wahltaktischer Überlegungen, dient dieser Gemeinsamkeit nicht!

Deshalb muß man sich gegen ihn wehren — aus der Verantwortung eines Christen!

Dr. Ernst Albrecht, MdL

Ministerpräsident

Dr. Werner Dollinger, MdB

Bundesminister a. D.

Kai-Uwe von Hassel, MdB/MdEP

Bundestagspräsident a. D.

Prof. Dr. Roman Herzog, MdL

Innenminister

Prof. Dr. Dr. Wilhelm Hahn, MdL/MdEP

Kultusminister a. D.

Peter von der Heydt, MdB

Peter Höffkes, MdB

Dr. Sieghard-Carsten Kampf, MdHB

Dr. Gerd Langguth, MdB

Albrecht Martin, MdL

Landtagspräsident

Lothar Späth, MdL

Ministerpräsident

Dr. Gerhard Stoltenberg, MdL

Ministerpräsident

Hans-Adolf de Terra, MdB

Friedrich Vogel, MdB

Waltrud Will-Feld, MdB

Nächste Woche im Fernsehen/Hörfunk

CDU-Wahlsports

ARD

Mi. 24. 9. 20.15 Uhr
Do. 25. 9. 21.00 Uhr
Sa. 27. 9. 20.15 Uhr

ZDF

Mi. 24. 9. 19.21 Uhr
Sa. 27. 9. 19.21 Uhr

NRD (Norddeutscher Rundfunk)

Mo. 22. 9. 11.55 Uhr II. Programm
Di. 23. 9. 12.55 Uhr I. Programm
Mi. 24. 9. 18.20 Uhr I. Programm
Fr. 26. 9. 11.55 Uhr II. Programm
18.25 Uhr I. Programm

WDR (Westdeutscher Rundfunk)

Mo. 22. 9. 11.55 Uhr II. Programm
18.25 Uhr I. Programm
Di. 23. 9. 12.55 Uhr I. Programm
Do. 25. 9. 11.50 Uhr II. Programm
Fr. 26. 9. 18.25 Uhr I. Programm

RBr (Radio Bremen)

Mo. 22. 9. 12.27 Uhr
Do. 25. 9. 16.52 Uhr
Fr. 26. 9. 12.27 Uhr

HR (Hessischer Rundfunk)

Mi. 24. 9. 6.20 Uhr
Fr. 26. 9. 17.55 Uhr

SR (Saarländischer Rundfunk)

Mo. 22. 9. 8.05 Uhr I. Programm
Mi. 24. 9. 9.05 Uhr II. Programm
Fr. 26. 9. 8.05 Uhr I. Programm

SWF (Südwestfunk)

Mo. 22. 9. 13.07 Uhr III. Programm
Mi. 24. 9. 7.27 Uhr I. Programm
Do. 25. 9. 13.07 Uhr III. Programm

SDR (Süddeutscher Rundfunk)

Mo. 22. 9. 12.57-Uhr I. Programm
Mi. 24. 9. 13.57 Uhr III. Programm
Do. 25. 9. 19.27 Uhr I. Programm
Fr. 26. 9. 13.57 Uhr III. Programm

DLF (Deutschlandfunk)

Di. 23. 9. 18.30 Uhr
Fr. 26. 9. 18.30 Uhr

Politische Fernsehsendungen zur Bundestagswahl 1980:

Mo. 22. 9. 21.15 Uhr ARD
Deutschland vor der Wahl
Jugend, Familie, Bildung
CDU-Teilnehmer: Norbert Blüm
Do. 25. 9. 21.20 Uhr ZDF
Bürger fragen — Politiker
antworten
Helmut Kohl bei der
Rheinischen Post

Parteipolitische Neutralität des BfB

Eine als Wahlempfehlung für die FDP verstandene Lagebeurteilung in einem Schreiben des Hauptgeschäftsführers des Bundesverbandes der freien Berufe (BfB), Dietrich Wilhelm Rollmann, an die Mitgliederverbände hatte erhebliche

Verärgerung in der CDU/CSU-Mittelstandsvereinigung hervorgerufen. In einer Aussprache zwischen dem BfB-Präsidium und der CDU/CSU-Mittelstandsvereinigung wurden einige Mißverständnisse beseitigt und der Wille der BfB zur parteipolitischen Neutralität und Ungebundenheit bekräftigt.

8 Jahre
von 1973 bis 1980

SCHULDENZUWACHS

171 Milliarden DM

20 Jahre
von 1950 bis 1969
14,3 Mrd. DM

2 Jahre von
1970 bis 1971
2,7 Mrd. DM

1 Jahr
1972
4,7 Mrd.
DM

bis 1969 | 1970 | 1971 | 1972 | 1973 | 1974 | 1975 | 1976 | 1977 | 1978 | 1979 | 1980

SCHULDENSTAND

Mrd.
DM

Bundesfinanz-
minister

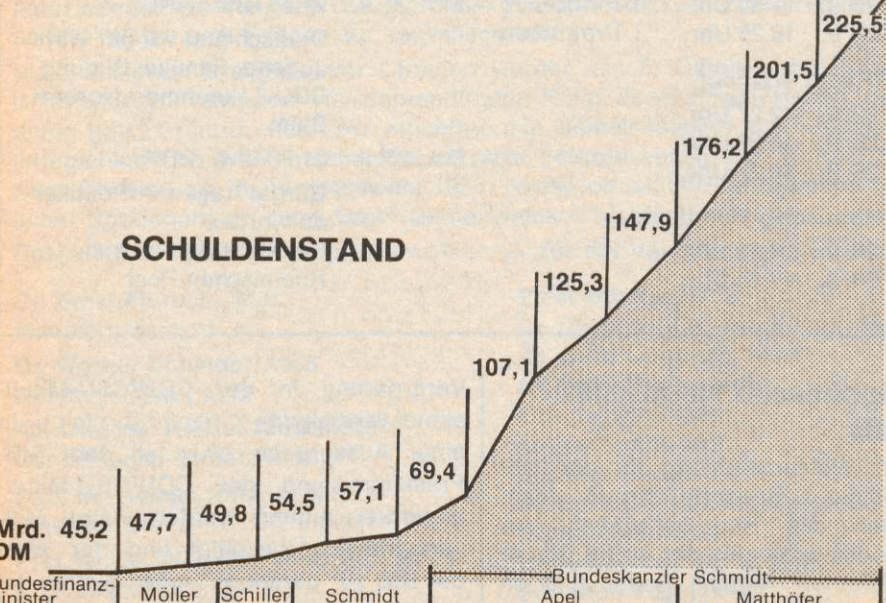
Möller

Schiller

Schmidt

Bundeskanzler Schmidt
Apel

Matthöfer



Zur Sache:

Schmidts Schuldenpolitik:

Das hält auf Dauer die härteste Mark nicht aus

Schmidt verschuldet uns jährlich um weitere 30 Mrd. DM. Insgesamt hat Bonn bereits 225 Mrd. DM Schulden. Alleine von 1975-80, also seit Schmidt Bundeskanzler ist, sind die Schulden um 150 Mrd. DM gewachsen.

An seinen eigenen Maßstäben gemessen müßte Schmidt längst im Gefängnis sitzen. Denn am 18. 11. 1966 kritisierte er eine Haushaltslücke von nur 3 Mrd. DM so: „**Die Schuldigen gehören ins Gefängnis, weil sie uns in eine grauenhafte Situation gebracht haben**“. („Der Spiegel" Nr. 51/1966).

Die SPD behauptet, mit den Schulden müsse sie Arbeitsplätze schaffen. Um das zu widerlegen, braucht man nicht Volkswirtschaft studiert zu haben: Vor 1969 hatten wir bei geringer Staatsverschuldung Vollbeschäftigung, 1980 haben wir bei drückender Schuldenlast

bereits im 6. Jahr etwa 1 Million Arbeitslose.

Aber auch sonst verfälscht Herr Matthöfer die Tatsachen: Von den 150 Mrd. DM Nettokreditaufnahme seit 1975 sind nur **20 Mrd. DM für Konjunktur- und Arbeitsmarktprogramme, aber 130 Mrd. DM für sozialistische Experimente** verwendet worden.

Dem Marsch in den SPD-Staat, dem Staat der Inflation und Schulden, muß ein Ende gesetzt werden. Franz Josef Strauß und Gerhard Stoltenberg werden nach dem 5. Oktober wieder für solide Staatsfinanzen sorgen, damit der jungen Generation die Zukunft nicht verbaut wird. Franz Josef Strauß hat schon als Bundesfinanzminister bewiesen, daß Stabilität, eine zumutbare Steuerlast und sparsame Haushaltsführung des Staates möglich sind. Es ist Zeit, daß er Schuldenkanzler Schmidt ablöst.

Den SPD-Staat stoppen – am 5. Oktober CDU wählen.

Herausgeber: CDU-Bundesgeschäftsstelle
Konrad-Adenauer-Haus · 5300 Bonn 1 · 390

CDU

**/// sicher
sozial
und frei**

UNION BETRIEBS GMBH
5300 BONN
ARGELANDERSTRASSE 173
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 C
GEBÖHR BEZAHLT

■ ZITATE

Bumerang

Nicht erst seit den beiden Zusammenkünften der Union am Wochenende in Dortmund und München sind Straußens Mannen deutlich im Aufwind. Für die SPD wurde ganz deutlich die völlig überzogene Kampagne gegen Strauß zum Bumerang. Die Schlammeschlacht von ganz links gegen den CSU-Chef hat der SPD geschadet. Von noch größerer Bedeutung ist aber, daß die Hauptstrategie der Sozialdemokraten in die Brüche ging. Sie wollten zeigen, daß Schmidt trotz Afghanistan, trotz einer Verhärtung zwischen den Supermächten in Washington und Moskau in der Lage ist, mit dem Kreml und anderen kommunistischen Führungen zu reden und damit Spannungen abzubauen.

Doch die Moskau-Reise des Kanzlers war nicht der erwartete Erfolg, und es hat Schmidt regelrecht geschadet, daß er nicht vor den Augen der Welt mit Edward Gierke und Erich Honecker zusammentreffen konnte. Mehr als die Hälfte der Deutschen — so viel Stimmen bekommt Schmidt nicht einmal — ist zum Beispiel enttäuscht, daß das Treffen in der DDR-Schorfheide nicht zustande gekommen ist.

Auf anderen Gebieten wollte die SPD offensiv im Wahlkampf nur wenig tun, und dafür bekommt sie im Moment die Quittung. Positiv für die Union schlägt jetzt das Argument der immensen Staatsverschuldung durch. Auch die Jugend hat bemerkt, daß der oft angefeindete Strauß recht hat mit dem Argument, daß schließlich sie eines Tages das Schuldenpaket wird abtragen müssen.

Kölnische Rundschau, 15. 9. 1980

★

Der Kanzler war bestrebt, Zuversicht zu verbreiten. Jeder Versuch der Union, ihn vom Staatsmann zum Staatsbankrotteur hinabzuschmähen, müsse scheitern; damit werde er, versprach Helmut Schmidt, am vergangenen Mittwoch im Kabinett, „im Wahlkampf leicht fertig“.

Minister Egon Franke zweifelte an der Kraft der Kanzlerworte: „Ja, du, Helmut, du hältst eine schöne Rede und gibst hinterher Autogramme“, nörgelte er, „aber wir müssen auch in kleinen Versammlungen diskutieren und Antworten geben.“ Das aber sei bei dem von der Union im Wahlkampf hochgespielten Thema Staatsverschuldung gar nicht so einfach.

Die Stimmung im Kabinett war gereizt. Schmidt, der eine Zwischenbilanz des Wahlkampfes zog, zeigte sich keineswegs so selbstsicher und erfolgsgewohnt wie sonst.

Der Spiegel, 15. 9. 1980

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Heinz Winkler, 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon (02 28) 54 41. Verlag: Union Betriebs GmbH, 5300 Bonn, Argelanderstraße 173, Telefon (02 28) 22 10 81. Vertrieb: Telefon (02 28) 5 44 - 3 04. Verlagsleitung: Peter Müllenbach, Dr. Uwe Luthje. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152, BLZ 380 500 00, Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, BLZ 370 100 50. Abonnementspreis jährlich 40,- DM. Einzelpreis 1,- DM. Druck: VVA-Druck, Düsseldorf.

UID